

„Willkürliche Regeln“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller will den Verfassungsschutz reformieren. Wie, das erläutert er im Gespräch mit ZUERST!

Herr Müller, in einem Rundschreiben fordern Sie eine „aktive Offensivstrategie“ gegen den Verfassungsschutz. Welche Strategie verfolgt denn Ihre Partei, die Alternative für Deutschland (AfD), bislang?

Müller: Bislang bewegt sich die AfD brav in dem Rahmen, der ihr vom Verfassungsschutz vorgegeben wird. Dieser Rahmen wird als sakrosankt hingenommen, zwar mit Murren, aber er wird nicht hinterfragt. Keiner stellt berechnete Fragen wie „Handelt der Verfassungsschutz eigentlich rechtmäßig?“ oder „Interpretiert der Verfassungsschutz bei seinem überharten Vorgehen gegen die AfD das Grundgesetz eigentlich richtig?“ oder „Kann man den Verfassungsschutz womöglich dahingehend reformieren, damit er uns nicht weiter zerstören kann, durch eine Anpassung der überkommenen Gesetzeswerke aus der Nachkriegszeit an die heutige Zeit?“.

Wie würde sich eine „aktive Offensivstrategie“ davon unterscheiden?

Müller: Bisher muß die AfD nicht nur auf dem Spielfeld des Verfassungsschutzes spielen, sondern zudem nach den willkürlichen Regeln unserer politischen Gegner – des Altparteienkartells –, die den Verfassungsschutz als Zerstörungsinstrument gegen die einzige bürgerliche Oppositionspartei mißbrauchen. Es sollte jedem klar sein, daß es hierbei nicht fair zugehen kann. Bildlich gesprochen ist die AfD in der Rolle von Borussia Dortmund gegen Bayern München, wenn die Bayern nicht nur die gegnerische Fußballmannschaft, sondern auch das Spielfeld, die Regeln, die Schiedsrichter, die Zuschauer im Stadion und den exklusiven Bericht in der Sportschau bestimmen. So ein einseitiges Spiel kann Dortmund nie und nimmer gewinnen. Insofern sollte die AfD danach streben, aus dem fremden Spiel auszusteigen, das sie nur verlieren kann, und auf ein eigenes Spielfeld zu wechseln, auf dem



Foto: Privat

Hansjörg Müller, geboren 1968 in Treuchtlingen (Bayern), ist Volkswirt und seit September 2017 Abgeordneter der Alternative für Deutschland (AfD) im Deutschen Bundestag. Müller ist außerdem einer der Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion. Bis zu seinem Einzug ins Parlament war Müller in der deutschen Exportwirtschaft tätig. Zuletzt arbeitete er als Restrukturierungs-Geschäftsführer in international tätigen mittelständischen Produktions- und Handelsunternehmen. Zusammen mit anderen AfD-Mitgliedern gründete Müller 2013 das „AfD-Mittelstandsforum“ als eingetragenen Verein. Er ist Vorsitzender dieses Vereins. Hansjörg Müller ist verheiratet und hat drei Kinder.

sie endlich aktiv, offensiv und selbstbestimmt handeln kann, anstatt weiterhin passiv über die Stöckchen zu springen, die ihr die Gegenseite hinhält.

Sie schreiben, der Verfassungsschutz enthalte „zahlreiche Konstruktionsfehler“. Welche Fehler meinen Sie genau?

Müller: Die Beschreibung aller Konstruktionsfehler würde Ihr Magazin sprengen, weshalb ich mich auf den wesentlichen Konstruktionsfehler beschränke. In einer normalen Demokratie kann jeder Bürger denken und sagen, was er möchte, nur in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Da werden schon Äußerungen als Maßstab herangezogen, die auf angebliche verfassungsfeindliche Bestrebungen hindeuten würden, wobei doch erst Taten darüber entscheiden, ob jemand wirklich gegen das Grundgesetz handelt oder nicht. Das ist freiheitsfeindliche Gedankenkontrolle wie in George Orwells 1984 und damit das Gegenteil einer liberalen demokratischen Gesellschaft.

„Politische Einstellungen, Gedanken und Äußerungen sollten meiner Auffassung nach gar nicht mehr verfolgt werden.“

Welche Nachteile entstehen der AfD durch die Beobachtung von Parteigliederungen durch verschiedene Landesämter des Verfassungsschutzes?

Müller: Dadurch entstehen uns gewaltige Nachteile, wie auch durch angedrohte oder durchgeführte Beobachtungen durch das Bundesamt für Verfassungsverbiegung... ähhhh Verfassungsschutz. Dadurch erfahren wir eine derartige Stigmatisierung in der Öffentlichkeit, die dazu führt, daß Hunde schon die Straßenseite wechseln, bevor wir ihnen überhaupt begegnen. Vor allem den zahlreichen Beamten in der AfD wird es zunehmend unmöglich gemacht, sich zu unserer Partei zu bekennen. Und das scheint ja auch das Ziel der Kartellparteien zu sein, die Beamten aus der AfD zu drängen und damit eine kommende Volkspartei AfD unmöglich zu machen. Diese reelle Gefahr müssen wir neutralisieren, und das funktioniert durch selbstbewußtes und aktives Handeln besser als durch devotes Ausweichen vor dem nächsten Schlag.

Wie sollte der Verfassungsschutz Ihrer Ansicht nach reformiert werden?

Müller: Politische Einstellungen, Gedanken und Äußerungen sollten meiner Auffassung nach gar nicht mehr verfolgt werden, nur noch Gewaltbereitschaft und gewalttätige Handlungen

Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln: Muß die Behörde reformiert werden?



Foto: Verfassungsschutz.de

gen gegen die staatliche Ordnung. Alles andere ist Orwellsche Gedankenpolizei. Der in der Rechtsgrundlage für den Verfassungsschutz ohnehin nicht enthaltene und damit unbestimmte Begriff „Extremismus“ ist zu löschen, weil seine Unbestimmtheit der ideologischen Unterdrückung Andersdenkender durch Staatsmacht und Massenmedien Tür und Tor geöffnet hat. Der viel zu weit gefaßte Gummibegriff „Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ ist dahingehend einzuschränken, daß diese Bestrebungen nur noch bei konkreter Bereitschaft zur Gewalt oder bei der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele Gegenstand der Ermittlungen sein dürfen, also aus-

schließlich bei Vorliegen gewaltbezogener Straftatbestände. Dementprechend sind die Verfassungsschutzämter als eigenständige Ämter aufzulösen und in die Staatsschutzabteilungen der Polizei zu überführen. Verfassungsschutzberichte sollten überhaupt nicht mehr veröffentlicht werden, um grundgesetzwidrige Stigmatisierungen der politischen Opposition durch Staatsmacht und Massenmedien zu beenden. Und wenn doch, dann müssen an erster Stelle der Verfassungsschutzberichte alle Altparteien aufgeführt werden, die unser Grundgesetz seit Jahrzehnten verbiegen, durchlöchern und entwerfen.

Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch.

Corona-Überwachung jetzt auch aus der Luft: Erste Bundesländer setzen Drohnen ein

Bund und Länder rüsten jetzt auch in der Luft auf und wollen Drohnen zur Überwachung der Regelleinhaltung einsetzen. Ein Pilotprogramm wird in Nordrhein-Westfalen gestartet. Dort nimmt die Landesregierung für die Anschaffung von insgesamt 76 Drohnen für die Bereitschaftspolizei und weiteren 30 Stück für die Kreispolizeibehörden viel Geld in die Hand.

Zwar sollen die Drohnen auch bei der Verkehrsüberwachung und Verfolgung von Straftätern eingesetzt werden. Aus der Corona-Überwachung machen die Behörden aber kein Hehl.

Im Februar kursierten Videos aus China von Drohneinsätzen der dortigen Polizei während der Corona-Epidemie. Auf ihnen sah man, wie Menschen mit Hilfe der Drohnen überwacht werden, ob sie sich an die massiven Corona-Maßnahmen hielten. Über die Drohnen fand auch eine Ansprache der Personen statt.



Foto: Wikimedia.org - James Avery/Gemrefire

Dies ist inzwischen auch in Deutschland Realität. In Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen sowie Berlin werden Drohnen zur Überwachung von Demos und zur Einhaltung der Corona-Auflagen genutzt. In den drei Ländern wurde mit Drohnen auch die Einhaltung von Ausgangsbeschränkungen überwacht.

In Dortmund, Düsseldorf und Frankfurt ging man noch einen Schritt weiter. Wie in China wurden hier auch Personengruppen an beliebten Treffpunkten über Lautsprecher in den Drohnen angesprochen und über die Gesundheitsgefahren bei Nichteinhalten des Kontaktverbots belehrt.

Neben der deutschen Polizei setzen Sicherheitskräfte weltweit Drohnen in der Coronakrise ein. Bekannt ist dies aus Frankreich, Italien, Großbritannien, Belgien, Spanien ebenso wie aus Indien, Indonesien, Malaysia und den Vereinigten Arabischen Emiraten.



Seit der Entlassung von Hans-Georg Maaßen leitet Thomas Haldenwang (links) den Verfassungsschutz politisch korrekt und zur Zufriedenheit seines Dienstherrn. Hier mit dem ehemaligen Botschafter der USA in Deutschland, Richard Grenell.

Foto: U.S. Embassy Berlin